

22 Menschen sind ohne Wohnsitz ^{BM} 04.12.

WERMELSKIRCHEN (resa) Mehr Aufmerksamkeit für Obdachlose wünscht sich die WNKUWG-Fraktion. Die Betreuung der Menschen ohne Wohnung gelange im Vergleich zu „Initiativen für ausländische Flüchtlinge zu wenig in die öffentliche Wahrnehmung“, kritisierte Fraktionsvorsitzender Henning Rehse in einer Anfrage. Die Fraktion wolle in Zeiten der steigenden Obdachlosen-Zahlen wissen, wie die Situation in Wermelskirchen aussehe. Beigeordneter Stefan Görnert gab Entwarnung: „Wir erkennen in der Stadt keine signifikante Steigerung der Obdachlosenzahlen“, erklärte er im Fachausschuss. 22 Menschen ohne festen Wohnsitz seien in Wermelskirchen gemeldet. Die Obdachlosen seien in vier verschiedenen Gebäuden untergebracht. Aktuell gebe es zwar keine Betreuungsangebote, zwei Mitarbeiter der Verwaltung würden sich aber um die Belange kümmern. Görnert räumte allerdings ein, dass steigende Mietpreise Obdachlosigkeit fördere.

WNKUWG will ^{BM} 06.12. mehr Transparenz bei Großprojekten

WERMELSKIRCHEN (pd) Mehr Transparenz beim Bau von Großprojekten ab einer Million Euro Planungs- und Baukosten wünscht die Fraktion der WNKUWG und stellte einen Antrag, der jetzt in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses diskutiert wurde.

Bei bedeutenden Großbauprojekten, wie dem Bau der Sekundarschule, des Hallenbades, der Sportplätze, der Feuerwache, bei denen die Bürger große Geldbeträge mit ihren Steuergeldern finanzieren müssen, sollten die „Geldgeber“ jederzeit die Möglichkeit haben, sich über den Fortschritt und vor allem die Kostenentwicklung der Projekte zu informieren. Die Stadt solle künftig Planungen, Informationen, Kosten-(Schätzungen) zu Großbauprojekten auf ihrer Homepage veröffentlichen. Kostenschätzungen und Kostenentwicklung sollten übersichtlich gegenübergestellt werden. Auch Ergebnisse aus nicht-öffentlich tagenden Arbeitskreisen werden auf der Homepage der Stadt öffentlich gemacht, sofern es die Gemeindeordnung zulässt, so die Idee der WNKUWG. Nachdem CDU-Fraktionsvorsitzender Christian Klicki appellierte, dem neuen Technischen Beigeordneten Thomas Marner mit solchen Forderungen nicht Fußfesseln anzulegen und der Verwaltung mehr Arbeit aufzubürden, verteidigte und präziserte Fraktionschef Henning Rehse den Vorschlag: „Wir möchten nur, dass auf der städtischen Homepage ein Button angelegt wird, mit dem die Bürger alle Vorlagen zu einem Großprojekt chronologisch aufgelistet vorfinden.“ Er richte sich also an den IT-Bereich, Informationen benutzerfreundlicher zu gestalten.

Großprojekte: Offenlage nur begrenzt möglich

WNK/ UWG hatte mehr Transparenz gefordert. Der Technische Beigeordnete erklärt Regeln.

Von Anja Carolina Siebel

Dem Antrag der WNK/UWG für mehr Transparenz bei Großbauprojekten kann die Verwaltung nur begrenzt nachkommen. Das erklärte der Technische Beigeordnete Thomas Marnier den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses nachvollziehbar. Allerdings waren sich die Ausschussmitglieder mit der Verwaltung einig, die Idee weiter zu verfolgen und möglicherweise auszuweiten.

„Sicher ist es uns möglich, alle Anträge und bereits öffentlichen Schritte eines Pro-

jektes zu komprimieren und chronologisch offenzulegen, beispielsweise auf der städtischen Internetseite“, sagte Thomas Marnier. „Kostenschätzungen oder Planungsdetails können in einer solchen Offenlegung aber nicht enthalten sein. Das würde uns die Möglichkeit nehmen, kostengünstigere Angebote, etwa bei Ausschreibungen, einzuholen.“

Die Fraktion WNK/UWG hatte bereits Mitte Oktober den Antrag gestellt. Gelten sollte demnach eine gewünschte Offenlegung beim

Bau von Großprojekten ab 1 000 000 Euro Planungs- und Baukosten. Der Wunsch der Fraktion: Planungen, Informationen, Kosten sowie Kostenschätzungen zu Großbauprojekten der Stadt auf der Homepage der Stadt zu veröffentlichen. „Sofern diese Unterlagen personenbezogene oder sonstige sensible Daten beinhalten, werden diese geschwärzt“, schlägt Fraktionsmitglied Jan Paas im Antrag vor.

Kostenschätzungen und Kostenentwicklung sollen in übersichtlicher Form auf der Homepage der Stadt gegen-

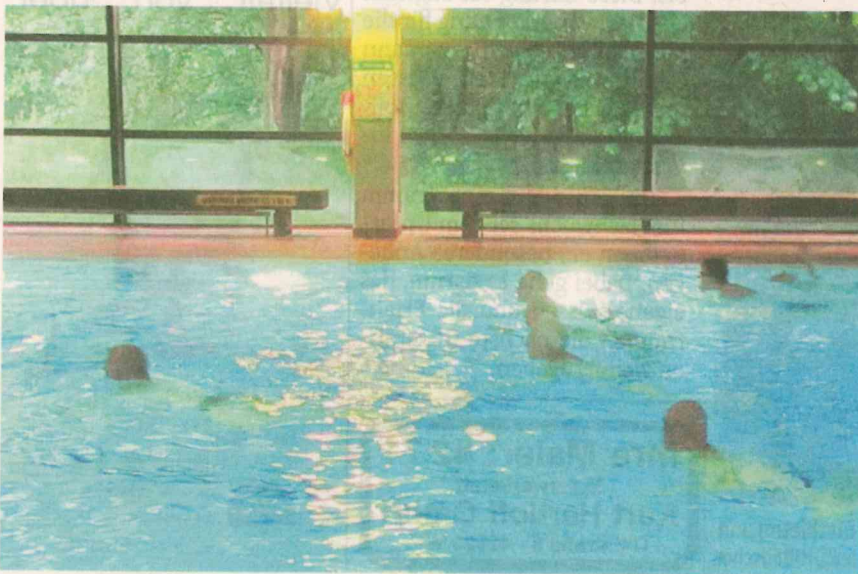
über gestellt werden. Auch Ergebnisse aus nicht-öffentlich tagenden Arbeitskreisen sollten laut Antrag ebenfalls zum Teil öffentlich gemacht werden. Begründung: „Bei bedeutenden Großbauprojekten, wie dem Bau der Sekundarschule, des Hallenbades, der Sportplätze, oder der Feuerwache, bei denen Bürger große Geldbeträge mit ihren Steuergeldern finanzieren müssen, sollten sie jederzeit die Möglichkeit haben, sich über den Fortschritt und vor allem die Kostenentwicklung der Projekte zu informieren.“

Politiker wollen Thema weiterverfolgen

Sowohl Stefan Janosi (Bündnis 90/ Grüne) als auch Jochen Bilstein (SPD) konstatierten, mehr Transparenz grundsätzlich zu begrüßen. „Mit Einschränkungen, weil einiges wohl juristisch nicht möglich wäre“, räumte Janosi ein. „Es gibt bei uns aber Sympathien für mehr Transparenz“, sagte Bilstein. Beispielsweise sei Wermelskirchen eine der wenigen Städte, in denen der Rechnungsprüfungsausschuss nicht öffentlich tagt. „Das Thema wird uns weiter beschäftigen“, brachte es Bernhard Schulte (SPD) auf den Punkt.

WGA
06.12.

Der Neubau des Quellenbades wird eines der genannten Großprojekte sein. Foto: s.n.



Rehse will mit LVR-Millionen die Kreisumlage stabil halten

BH 07.12.2017

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Gerhard Zorn, der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, rügte auf dem Kreisparteitag in Wermelskirchen die Koalitionäre von CDU und Grünen im Kreis für ihr Verhalten in Bezug auf die Millionenbeträge, die der Landschaftsverband Rheinland über die Umlage an seine Einzahler zurückgibt. Unter großem Beifall seiner Parteifreunde forderte er: „Geht in Eure Räte und fordert von dort den Landrat auf, die Millionen zurückzugeben, die über die Kreisumlage von Euren Wählern gezahlt wurden. In vielen Gemeinden und Städten des Rheinisch-Bergischen Kreises ist es dieses Geld, das zwischen der Frage, Grundsteuererhöhung ja oder nein, steht.“

So stellte der SPD-Fraktionsvorsitzende in Bergisch Gladbach, Klaus Waldschmidt, klar: „Es ist ein

Unding, wenn sich der Kreis an diesem Geld bedient, obwohl er im Verhältnis zu den seinen Kommunen regelrecht im Geld schwimmt. Wir werden unseren CDU-Bürgermeister Urbach auffordern, hier nochmals Rücksprache mit seinem Parteifreund Santelmann zu nehmen.“

Anders sehen dies die Freien Wähler im Kreis, denen auch die WNKUWG angehört. Die Freien Wähler werden sich im Kreistag sich nach einer Beratung mit dem Kreiskämmerer Eckl nicht dem SPD-Antrag anschließen, informierte Henning Rehse. In einer Stellungnahme befürchten die Freien Wähler, die „Kreisumlage auf eine Achterbahnfahrt zu schicken“. „Ohne Weitergabe der Senkung können wir die abgesenkte Kreisumlage für die Jahre 2018, 2019 und 2020 konstant halten“, schreibt Rehse. Bei Ausschüt-

tung müsste sowohl für bereits 2019 wie auch anschließend für 2020 die Kreisumlage zweimal angehoben werden, da die Ausgleichsrücklage bereits 2018 aufgezehrt wäre.

Rehse: Der Gesamtzeitraum 2018 bis 2021 stelle in der Zahlungsbilanz der Kreisumlage für die Städte ein Nullsummenspiel dar. Die Summe, die bei Weitergabe der Senkung in 2018 seitens der Städte und Gemeinden nicht gezahlt werden müsste, würde seitens des Kreises in den Jahren 2019 und 2020 in gleicher Höhe wieder eingefordert werden müssen. Die zudem aufgeführten Positionen, die bis auf die Leitstelle ausschließlich ideologisch und politisch motiviert sind, seien überhaupt noch nicht veranschlagt. „Für die Freien Wähler ist es wichtig, dass die Kreisumlage stabil berechenbar und planbar sei“, so Rehse.

Kritik am Entwurf für Loches-Platz

Die WNKUWG-Fraktion erteilt den Plänen nur die Schulnote 4. Außerdem warnt sie, dass die geplante Anzahl an Parkplätzen bei weitem nicht reicht.

WERMELSKIRCHEN (pd) Herbe Kritik übt die WNKUWG-Fraktion an den Planungen für die Neugestaltung des Loches-Platzes, die in der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr vorgestellt wurden. „Die statische Präsentation des Architekten Hilb vom Büro Graf + Graf hat bei uns Befremden, Bedauern bis hin zu Entsetzen ausgelöst“, schreibt der Fraktionsvorsitzende Henning Rehse.

„Der ‚Siegerentwurf‘ A hatte den Wettbewerb mit gerade mal 59 von 96 möglichen Punkten gewonnen. Das entspricht knapp 61 Prozent in Schulnoten gesprochen lediglich einer 4 bis 4+“, moniert Rehse. Die aktuell vorgestellte Detailplanung stelle keine positive Weiterentwicklung des ursprünglichen Entwurfs dar, sondern verschlimmbessere diesen vielmehr Richtung mangelhaft.

Ein weiterer Schwachpunkt sei das geplante, deutlich geschrumpfte Parkplatz-Angebot. Von den ehemals vorgestellten 217 Plätzen – zusätzlich einer Option von 30 – verbleibe nur noch eine Restmenge von 190 Parkplätzen, von denen zu Markt- und Kirmeszeiten zudem 90 nicht zur Verfügung stehen werden.

Derzeit gebe es auf dem Loches-Platz noch ein Angebot von mindestens 237 Stellplätzen, „die derzeit einen hohen Belegungsgrad durch



So soll die neue Bebauung am Loches-Platz aussehen. Im Erdgeschoss sollen Discounter und Lebensmittelmarkt Platz finden.

BM 07.17

ANIMATION: INVESTOR

Dauerparker, Kunden von Norma sowie angrenzenden Geschäften und Dienstleistern aufweisen.“ Für den nunmehr auf dem Loches-Platz zusätzlich entstehenden Vollsortimenter, zwei Shops sowie weitere Dienstleister fordere die Bauordnung NRW (Richtzahlen für Stellplatzbedarf) im Mittelwert 155 Stellplätze. Somit liege der Gesamtbedarf (alt plus neu) bei 392 Parkplätzen, hat die WNKUWG errechnet.

Ziehe man die am AJZ neu entstehenden 82 Dauerparkplätze davon ab, verbleibe noch ein Bedarf von 310 Stellplätzen auf dem Loches-Platz. „Der untaugliche Versuch,

diesen Bedarf mit nur 190 Plätzen abzudecken, ist völlig unverantwortlich und wird auf den entschiedenen Widerstand der WNKUWG treffen“, kündigt die Fraktion an.

Das Defizit beliefe sich auf sage und schreibe 120 Stellplätze, zu Markt- und Kirmeszeiten sogar auf 210 Stellplätze. Das sei für die Stadt katastrophal.

„In Anbetracht dieser verhängnisvollen Entwicklung sollte sich auch jeder potenzielle Mieter sehr gut überlegen, ob er das Risiko eingeht, in dieses vorprogrammierte Parkplatzchaos einzuziehen“, warnt Henning Rehse.

WNK/UWG übt Kritik an Loches-Platz-Plan

Die Zahl der Parkplätze reiche nicht aus.

Herbe Kritik übt die WNK/UWG-Fraktion an den Planungen für die Neugestaltung des Loches-Platzes. „Die statische Präsentation des Architekten Hilb vom Büro Graf + Graf hat bei uns Befremden, Bedauern bis hin zu Entsetzen ausgelöst“, schreibt der Fraktionsvorsitzende Henning Rehse.

„Der Siegerentwurf A hatte den Wettbewerb mit gerade mal 59 von 96 möglichen Punkten gewonnen. Das entspricht knapp 61 Prozent, in Schulnoten gesprochen lediglich einer 4 bis 4+“, moniert Rehse. Die aktuell vorgestellte Detailplanung verschlimmbessere den Ist-Zustand Richtung mangelhaft.

WLA 07.12.

Parkraum reiche nicht für die geplanten Geschäfte

Ein weiterer Schwachpunkt sei das geschrumpfte Parkplatz-Angebot. Von den ehemals vorgestellten 217 Plätzen – zusätzlich einer Option von 30 – verbleibe nur noch eine Restmenge von 190 Parkplätzen, von denen zu Markt- und Kirmeszeiten zudem 90 nicht zur Verfügung stehen werden. Derzeit gebe es auf dem Loches-Platz noch ein Angebot von mindestens 237 Stellplätzen. Für den nunmehr auf dem Loches-Platz zusätzlich entstehenden Vollsortimenter, zwei



Henning Rehse kritisiert die Planer scharf.

Foto: WNK/UWG

Shops sowie weitere Dienstleister fordere die Bauordnung NRW im Mittelwert 155 Stellplätze. Somit liege der Gesamtbedarf (alt plus neu) bei 392 Parkplätzen, hat die WNK/UWG errechnet.

Ziehe man die am AJZ neu entstehenden 82 Dauerparkplätze ab, verbleibe ein Bedarf von 310 Stellplätzen. „Der untaugliche Versuch, diesen Bedarf mit nur 190 Plätzen abzudecken, ist völlig unverantwortlich und wird auf den unterschiedlichen Widerstand der WNK/UWG treffen“, kündigt die Fraktion an. „In Anbetracht der verhängnisvollen Entwicklung sollte sich auch jeder potenzielle Mieter sehr gut überlegen, ob er das Risiko eingeht, in dieses programmierte Parkplatzchaos einzuziehen“, warnt Henning Rehse.

pd

WNKUWG reagiert auf Kritik an Gratis-Parkplätzen

WERMELSKIRCHEN (pd) In der Frage, ob die Stadt kostenlose Dauerparkplätze zur Verfügung stellen sollte, klaffen die Meinungen stark auseinander: Jetzt reagiert die WNKUWG auf die Kritik, die Peter Siebel, Geschäftsführer der Diakonie-Station und ehrenamtlicher Helfer im Möbellager, vergangene Woche im Gespräch mit dieser Zeitung geäußert hatte. Fraktionsvorsitzender Henning Rehse verteidigt die Strategie, einen Ersatz für die auf dem Loches-Platz wegfallenden Stellplätze zu schaffen.

Peter Siebel hatte erklärt, dass er es für verzichtbar hält, dass ein Parkplatz auf dem Gelände zwischen Feuerwache, Tafel und AJZ Bahndamm angelegt wird. Dafür solle kein Geld ausgegeben werden, da es in der Innenstadt noch genügend Parkraum geben, wenn auch gebührenpflichtig. Im Übrigen halte er es für nicht mehr zeitgemäß, nur die Autofahrer im Fokus zu haben, das Ziel einer autogerechten Stadt zu verfolgen und Radfahrer nicht ausreichend zu berücksichtigen.

Aktuelle könne das Parkraumangebot in der Innenstadt ausreichend sein, so die WNKUWG. „Zu diesem Angebot gehören aktuell jedoch auch 250 Parkplätze auf dem Loches-Platz, die derzeit komplett genutzt werden, während der Baumaßnahme komplett wegfallen und nach Fertigstellung durch 190 Plätze ‚ersetzt‘ werden, wobei zusätzlich dann ein Lebensmittelvollsortimenter dort entsteht, der weitere 100 Parkplätze benötigt“, beschreibt Rehse die künftige Parkplatzsituation. BM 12.12.

„In Anbetracht dieser Fakten, die im Rat zu beschließenden 82 Parkplätze neben der Feuerwache für entbehrlich zu halten, löst bei mir nur Kopfschütteln aus.“

Er halte es zudem für falsch, Dauerparker zur Kasse zu bitten, die in dieser Stadt arbeiten, leben, einkaufen, ihre Steuern zahlen, zur Wertschöpfung beitragen. Und die Mitarbeiter des Rathauses zahlten zu Recht auch nicht für die Parkplätze in der Rathaustiefgarage, die aus Steuermittel bezahlt wurden, schreibt Rehse zu dem Vorschlag

Siebels, auch die Stadtbediensteten und Lehrer zur Kasse zu bitten.

Den Vorwurf, dass Radfahrer bei Verkehrsplanungen zu kurz kämen, will der WNKUWG-Fraktionsvorsitzende nicht gelten lassen. Man habe alle Verkehrsteilnehmer im Blick, aber hinsichtlich der Mobilität im Berufsverkehr spielten Radfahrer eine untergeordnete Rolle, so Rehse. Ehe über einen gegenläufigen Radverkehr auf der Telegrafienstraße entschieden werden könne, sollten die Ergebnisse einer neutralen Bürgerbefragung abgewartet werden.

Ein frohes Weihnachtsfest
und einen guten Rutsch ins
Jahr 2018 wünscht allen
Bürgerinnen und Bürgern Ihre
WNK UWG.

Mit unseren Wünschen
verbinden wir unseren Dank für
das uns entgegengebrachte
Vertrauen.



WNK UWG WERMELSKIRCHEN
Freie Wähler